

Inhalt

| | |
|---|----|
| Dreigliedriger Sozialgipfel in Brüssel | 1 |
| Meldungen von Mitgliedern und Partnern | 2 |
| Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP | 3 |
| EU-News im Überblick | 6 |
| Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen | 9 |
| Kontakt | 10 |

Impressum

Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen - Deutsche Sektion des CEEP e.V. (bvöd)
 Invalidenstraße 91
 10115 Berlin
 fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
 fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
 email: info@bvoed.de
 www.bvoed.de

Sozialgipfel in Brüssel

„Eine starke Partnerschaft für die Schaffung von Arbeitsplätzen und integratives Wachstum – Bestandsaufnahme des Neubeginns für den sozialen Dialog“ – dies waren die zentralen Themen des diesjährigen Frühjahrs-Sozialgipfels für Wachstum und Beschäftigung am 16. März 2016 in Brüssel. Neben Vertretern der Sozialpartner CEEP, BUSINESSEUROPE, UEAPME und ETUC waren Ratspräsident Donald Tusk, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sowie der Ministerpräsident der Niederlande, Mark Rutte, zusammengekommen.



Vor einem Jahr wurde im Rahmen einer hochrangigen Konferenz: „Ein Neubeginn für den sozialen Dialog“ der Beginn einer neugestalteten Partnerschaft zwischen den Sozialpartnern und den EU-Institutionen markiert und die große Bedeutung des europäischen sozialen Dialogs bei der Förderung von mehr Wettbewerbsfähigkeit und Gerechtigkeit in der sozialen Marktwirtschaft unterstrichen.

In diesem Rahmen wurden ebenfalls die Herausforderungen der Flüchtlingskrise und die Umgestaltung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung erörtert. [zum Bericht](#)

Informationen von Mitgliedern und Partnern

Neue Vergütungsstudie erschienen

Der Ausgestaltung der Vergütung von Top-Managementmitgliedern öffentlicher Unternehmen wird in der Diskussion um Personalgewinnung, Personalerhalt und Verhaltenssteuerung im Sinne der öffentlichen Hand besondere Bedeutung zugewiesen. Dazu hat das Public-Corporate Governance Forschungsportal unter Führung von Prof. Dr. Ulf Papenfuß, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des bvöd, eine neue Vergütungsstudie veröffentlicht. Die Studie „Top-Managementvergütung öffentlicher Unternehmen“ ist ab sofort auf dem [Forschungsportal](#) erhältlich. [zum vollständigen Beitrag](#)

Kurzanalyse des neuen EU-Vorschlags zum Investitionsschutz in TTIP

Im Rahmen eines wirtschaftspolitischen Projekts „Politik für Europa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, haben Prof. Dr. Markus Krajewski, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des bvöd, und Rhea Tamara Hoffmann von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg den neuen EU-Vorschlag zum Investitionsschutz in TTIP, basierend auf der umfassenden Konsultation in 2014, aus rechtlicher Sicht begutachtet. Die Verfasser gehen Fragen nach Stärken und Schwächen des neuen EU-Ansatzes zum Thema Investitionsschutz nach und wollen zu mehr Sachlichkeit und Transparenz in der bis heute sehr kontroversen Diskussion um TTIP beitragen. [Zum vollständigen Bericht.](#)

Konferenz zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss veranstaltet am **19. April 2016** eine öffentliche Anhörung zum Thema „[Financing of Services of General Interests](#)“. Die Konferenz wird von 9.30 bis 13.00 Uhr unter Vorsitz von CEEP Vize-Präsidentin Milena Angelova in Brüssel stattfinden.

TTIP-Dialogforum „Große Chancen für kleine Unternehmen“

Im Rahmen der Hannover Messe organisiert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie am **25. April 2016** eine Veranstaltung mit US-Wirtschaftsministerin Penny Pritzker und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Ziel der Diskussion ist es, insbesondere die Chancen für kleine und mittlere Unternehmen aufzuzeigen.

Zur Anmeldung geht es [hier](#)

Interdisziplinäre Konferenz „Kommunales Infrastruktur-Management“

Das Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP) der TU Berlin veranstaltet in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des bvöd eine interdisziplinäre Konferenz zum Thema „Kommunales Infrastruktur-Management“. Die Konferenz findet am 22. und 23. September 2016 an der TU Berlin statt.

Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP

Europäisches Gütezeichen für gesellschaftliche Verantwortung (CEEP-CSR Label) – Bewerbungsphase 2016 läuft noch bis zum 16. April

Die Bewerbung für das Europäische Label zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (CEEP-CSR Label) ist online. Unternehmen, die Interesse haben, ihre Aktivitäten im Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung mit einem EU Label auszeichnen zu lassen, haben noch bis zum 16. April 2016 die Möglichkeit, ihre Aktivitäten zunächst anhand eines Online-Fragebogens in deutscher Sprache einer ersten Einschätzung zu unterziehen, um sich dann in einem zweiten Schritt formal für die Vergabe des Labels zu bewerben. [zum vollständigen Beitrag](#)

Teilnahme an Konsultation der EU-Energieeffizienzrichtlinien

CEEP hat sich an einer Konsultation zur Überarbeitung der Energieeffizienzrichtlinie der Europäischen Union beteiligt. Bei einem Treffen der Interessenvertreter am 14. März 2016 setzten sich die Teilnehmer für einen einheitlichen Ansatz bei der Gestaltung der Energiepolitik der EU ein. Weiterhin betonten die CEEP-Vertreter, dass die Richtlinie, wie vorgesehen, weiterhin den Schwerpunkt auf die Reduzierung des Primärenergieverbrauchs setzen müsse. Es sollte den Mitgliedsstaaten auch in Zukunft möglich sein, die Politik zur Stärkung der Energieeffizienz weitgehend selbst zu gestalten.

Nach einem einvernehmlichen Beschluss des Europäischen Rats im Jahr 2014 leitete die Europäische Kommission eine Überprüfung der Energieeffizienzrichtlinie ein. Der derzeitige politische Rahmen soll aktualisiert werden, sodass das neue Energieeffizienzziel der EU für 2030 erreicht werden kann. Eine überarbeitete Version der Richtlinie wird für die zweite Jahreshälfte 2016 erwartet.

[Zum vollständigen CEEP-Bericht \(EN\)](#)

Verhandlungen der Europäischen Sozialpartner zum Thema: „Aktives Altern und Generationengerechtigkeit“

Vertreter der europäischen Sozialpartnerorganisationen, CEEP, ETUC und BUSINESSEUROPE/UEAPME, nahmen am 18. März 2016 am ersten Verhandlungstreffen der Sozialpartner zum Thema *Active Ageing and Intergenerational Solidarity* („Aktives Altern und Generationengerechtigkeit“) in Brüssel teil. Das wichtigste Ergebnis des Treffens war die Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips in diesem Bereich.

Ziel des Treffens war es, die Prioritäten der verschiedenen Verhandlungspartner kennenzulernen, und eine vorläufige Struktur für die zu verhandelnde *autonome Rahmenvereinbarung* (Autonomous Framework Agreement) zu erarbeiten. Als Schwerpunkte und Themenbereiche in diesem Zusammenhang einigte man sich

zunächst darauf Aspekte zur Gesundheitserhaltung, Aus- und Weiterbildung mit Schwerpunkt Digitalisierung und Herausforderungen der Jugendbeschäftigung vorrangig anzugehen.

Das nächste Verhandlungstreffen wird am 14. April 2016 in Brüssel stattfinden.

[Arbeitsprogramm 2015-2017](#)

Mehr Informationen auf der Website der Kommission zum Thema „[Aktives Altern](#)“

CEEP bezieht Stellung zum Entwurf der EU-Kommission zur Europäischen Säule sozialer Rechte

Die Europäische Kommission hat am 8. März 2016 einen vorläufigen Entwurf zur „Europäischen Säule sozialer Rechte“ vorgestellt. Mithilfe dieser Säule soll eine Reihe wesentlicher Grundsätze zur Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme festgelegt werden. CEEP veröffentlichte dazu am 9. März 2016 eine erste Stellungnahme. [zum vollständigen Beitrag](#)

Kommission und Sozialpartner bei Treffen mit CEEP zu den Länderberichten

Während eines ersten Treffens besprach CEEP mit Vertretern der EU-Kommission und den europäischen Sozialpartnern am 30. März 2016 die von der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters veröffentlichten Länderberichte.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die zukünftige Rolle der Sozialpartner im Zyklus des sog. Europäischen Semesters. Ein Vorschlag der Sozialpartner sieht eine stärkere Einbindung in den Prozess durch den Beschäftigungsausschuss des Europäischen Rats vor.

Das [Europäische Semester](#) ist ein Zyklus, der sich über die ersten sechs Monate eines Jahres erstreckt und in dessen Verlauf die EU-Mitgliedstaaten ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik aufeinander abstimmen. So sollen eine nationale Haushaltsdisziplin und eine leistungsfähige Wirtschaft gesichert werden.

EU-News im Überblick

Bericht zur Digitalisierung in Europa veröffentlicht

Eine Arbeitsgruppe der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmen und KMU (DG GROW) hat einen Bericht zum aktuellen Stand der Digitalisierung in Europa veröffentlicht. Die Arbeitsgruppe „Strategic Policy Forum on Digital Entrepreneurship“ wurde 2014 von der Generaldirektion GROW ins Leben gerufen. Der abschließende Bericht „Accelerating the digital transformation of European Industry and Enterprises“ kann auf englischer Sprache [hier](#) nachgelesen werden.

Konsultation zu neuem Lobby Register

Bürger und Interessenvertreter haben seit Anfang März die Möglichkeit, der EU-Kommission ihre Vorstellungen zum geplanten verbindlichen EU-Transparenzregister über eine öffentliche Konsultation mitzuteilen. Interessenten können sich in den nächsten zwölf Wochen sowohl zum geplanten Lobby-Register äußern, das sich auf das Europäische Parlament, den Rat der Europäischen Union und die Kommission erstrecken soll, als auch zur derzeitigen Regelung für die Registrierung von Interessenvertretern, die Einfluss auf die Arbeit der EU-Organen nehmen wollen.

Die Kommission hat eine zweiteilige Konsultation konzipiert. Der erste Teil der Konsultation erfordert keine Vorkenntnisse über das derzeitige Transparenzregister und ermöglicht der breiten Öffentlichkeit, auf grundsätzliche Fragen und Fragen zum Geltungsbereich des Registers zu antworten. Im zweiten Teil werden Nutzer des derzeitigen Systems um Stellungnahmen zu dessen praktischen Funktionsweise gebeten. Die Konsultationsunterlagen sind in allen EU-Amtssprachen erhältlich.

Zur [vollständigen Pressemitteilung](#)

Zur [Konsultation](#)

Zum [Transparenzregister](#)

Konsultation zu staatlichen Beihilfen für Häfen und Flughäfen eröffnet

Die Europäische Kommission hat am 7. März 2016 eine öffentliche Konsultation zu staatlichen Beihilfen für Häfen und Flughäfen eröffnet. Sie bittet die Öffentlichkeit und Interessenträger zu ihrem Entwurf, nach dem bestimmte Investitionsbeihilfen für Häfen und Flughäfen von der vorherigen beihilferechtlichen Prüfung durch die Kommission ausgenommen werden sollen, Stellung zu nehmen.

Diese erste öffentliche Konsultation zur Erweiterung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) läuft bis zum 30. Mai 2016. Auf der Basis der Ergebnisse wird die Kommission ihren Entwurf überarbeiten und

dann voraussichtlich im Herbst einer zweiten Konsultation unterziehen, bevor sie die endgültige Verordnung beschließt.

Zur [vollständigen Pressemitteilung](#)

Zur [Konsultation \(EN\)](#)

Europäische Kommission schlägt Reform der Entsenderichtlinie vor

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Gemäß diesem Grundsatz hat die Europäische Kommission am 8. März 2016 einen Vorschlag vorgelegt, mit dem sie die 20 Jahre alten Regeln zur Entsendung von Arbeitnehmern in der EU umfassend reformieren will. [zum vollständigen Beitrag](#)

Die EU im Jahr 2015 – Tätigkeitsbericht der Kommission veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 9. März 2016 einen [Bericht](#) über ihre wichtigsten Aktivitäten im Jahre 2015 veröffentlicht. Der Tätigkeitsbericht umfasst alle wichtigen Ereignisse und Initiativen, darunter die europäischen Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, die Vereinbarung zur Unterstützung Griechenlands, die europäische Reaktion auf die Terroranschläge in Paris und den Start des Investitionsplans für Europa. Auch die Strategien zur Vollendung des Digitalen Binnenmarkts, der Energieunion und der Kapitalunion sind Teil des Berichts.

Europäisches Parlament nimmt Entschließung zum EU-Haushalt 2017 an

Der EU-Haushalt 2017 sollte sich einerseits weiter auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise konzentrieren, andererseits auf die Beschleunigung des langsamen Wirtschaftsaufschwungs durch mehr und bessere Investitionen. So steht es in einer [Entschließung](#), die das Parlament am 9. März 2016 angenommen hat. Die Abgeordneten heben darin die aktuellen Probleme der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit sowie die Ungleichheiten in der wirtschaftlichen Entwicklung in der gesamten EU hervor.

Die Kommission wird den Haushaltsentwurf für 2017 erwartungsgemäß Ende Mai vorstellen. Parlament und Rat müssen sich dann auf den EU-Haushalt des nächsten Jahres vor Ende dieses Jahres einigen.

Zur [vollständigen Pressemitteilung](#)

Rat und Parlament nehmen Interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung an

Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat werden stärker kooperieren, um die Vorgehensweise für den Erlass ihrer Rechtsvorschriften zum Nutzen von europäischen Bürgern und Unternehmen zu verbessern. Das ist der Hauptzweck der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung zwischen den drei EU-Institutionen, die die Kommission am 21. Mai 2015 vorgeschlagen hat. Nun

wurde diese Vereinbarung am 9. März 2016 durch das Europäische Parlament und am 15. März 2016 durch den Rat angenommen. [zum vollständigen Beitrag](#)

Mehr Informationen zur Better Regulation Agenda finden Sie [hier](#).

Ausbau des Energiebinnenmarkts - Mehr Geld für grenzübergreifende Energienetze

Mit einem Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen hat die Europäische Kommission am 18. März 2016 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um zukünftig Engpässe in der europäischen Energieversorgung beheben zu können.

Die EU-Mittel sollen als Katalysator bei der Beschleunigung der Umsetzung der Projekte dienen und die dringend notwendige Finanzierung privater und öffentlicher Investoren anziehen. Dies ist der erste von zwei Aufrufen aus dem Bereich Energie der Connecting Europe-Fazilität (CEF), bei denen in diesem Jahr insgesamt 800 Mio. Euro vergeben werden sollen. Einsendefrist ist der 28. April. Eine Entscheidung zur Auswahl der Projekte wird bis Ende Juli erwartet. Mit der Fazilität "Connecting Europe" (CEF) unterstützt die Europäische Union Vorhaben von gemeinsamem Interesse für die transeuropäischen Netze in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie.

Zur [vollständigen Pressemitteilung \(EN\)](#)

Industrie- und Energieausschuss diskutiert europäisches Energiemarktdesign

Im Hinblick auf das für Ende 2016 vorgesehene Legislativpaket der Europäischen Kommission zum europäischen Strommarktdesign hat der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie im Europäischen Parlament (ITRE) darüber diskutiert und beschlossen einen Initiativbericht zu verfassen.

EURES – EU-weite Jobdatenbank wird erweitert

Das europäische Beschäftigungsnetzwerk EURES wird um eine Datenbank mit Stellengesuchen und Lebensläufen aus der ganzen EU erweitert. Einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission haben die EU-Staaten und das Europäische Parlament jetzt zugestimmt; er soll innerhalb von zwei Jahren in die Tat umgesetzt werden. Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit durch einen besseren Abgleich von Stellenangeboten und Stellengesuchen auf dem EU-Arbeitsmarkt zu bekämpfen.

Weitere Informationen zu EURES finden Sie [hier](#).

Europäischer Rat bekräftigt Energie- und Klimaziele

Die Europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich im Rahmen des Europäischen Rats am 17. und 18. März 2016 unter anderem mit dem Klima- und Energierahmen 2030 beschäftigt. Der Europäische Rat begrüßte die Vorlage des Pakets zur Energieversorgungssicherheit und der Mitteilung "Nach Paris" durch die EU-Kommission. Noch vor der Weltklimakonferenz in Paris im Dezember 2015, hatte die Kommission zugesagt,

die 2030-Ziele den Verhandlungsergebnissen entsprechend zu überarbeiten. Als Reaktion auf das Ergebnis der UN-Klimakonferenz sprach sich die Kommission in ihrer Mitteilung "Nach Paris" jedoch gegen ambitioniertere EU-Klimaziele bis 2030 aus und will den Bericht des Weltklimarats IPCC in 2018 abwarten. Der Europäische Rat bekräftigte nun die bisherigen 2030 Ziele und ersuchte die Kommission, zu diesem Zweck zügig alle noch ausstehenden diesbezüglichen Vorschläge zu unterbreiten, um den Rechtsetzungsprozess zeitnah in Gang zu bringen.

Die nächste Tagung des Europäischen Rates findet im Juni 2016 statt.

[Pressemitteilung der EU-Kommission: „Klimaschutz- Erste Schritte“](#)

Staatliche Beihilfe – Neuer Leitfaden zu AGVO

Die Europäische Kommission hat einen überarbeiteten Leitfaden zur Anwendung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) veröffentlicht. Ziel des Leitfadens ist es, Behörden und Nutzern eine transparente und klare Übersicht über die AGVO zu verschaffen.

Zum [Leitfaden \(EN\)](#)

Europäische Strategie zu Digital Industrial Leadership veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 18. März 2016 für den April 2016 die Veröffentlichung eines Pakets zur digitalen Umwandlung der europäischen Wirtschaft angekündigt. Darin werden die Vision und Schritte vorgestellt, um eine europäische digitale industrielle Führerschaft zu etablieren (European Strategy for digital industrial leadership). [zum vollständigen Artikel](#)

Europäische Kommission eröffnet Konsultation über wirksamen Insolvenzrahmen

Die Europäische Kommission hat am 23. März 2016 eine öffentliche Konsultation über einen wirksamen Insolvenzrahmen in der EU eröffnet. Die unterschiedlichen Ansätze zur Regelung von Insolvenzen in den EU-Staaten behindere die Entwicklung der Kapitalmärkte und soll deshalb nach Ansicht der EU-Kommission notwendigerweise auf EU-Ebene behandelt werden. In einer Konsultation will die Europäische Kommission nun bis zum 14. Juni 2016 Meinungen einholen, wie gewährleistet werden kann, dass nationale Insolvenzrahmen – insbesondere in einem grenzüberschreitenden Kontext – gut funktionieren.

Zur [vollständigen Pressemitteilung](#)

Bericht zur Emissionshandelsrichtlinie veröffentlicht

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat am 30. März 2016 einen Bericht der EU-Emissionshandelsrichtlinie veröffentlicht. In diesem analysiert die EEA die Anwendung der Richtlinie in den EU-Mitgliedstaaten.

Zum [Bericht der EEA](#)

Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

Aktueller Stand zu TTIP:

12. Verhandlungsrunde in Brüssel abgeschlossen

In Brüssel fand vom 22. bis 26. Februar 2016 die 12. Verhandlungsrunde zu TTIP statt. Themen der Verhandlungsrunde waren Industriegüter, geographische Bezeichnungen, Dienstleistungen, Investitionen und zum ersten Mal das öffentliche Auftragswesen. Außerdem ist der [Vorschlag der EU-Kommission](#) für ein neues System zum Investitionsschutz sowie der Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten besprochen worden.

Im Rahmen der abschließenden Pressekonferenz zur 12. Verhandlungsrunde am 26. Februar 2016 bestätigte Ignacio Garcia Bercero, Verhandlungsführer der EU, dass die Verhandlungsrunde verlängert würde, da nicht alle Themen ausführlich besprochen werden konnten. In der ersten Märzwoche wurden die Angebote zu Ursprungsregeln und zum öffentlichen Auftragswesen ausgetauscht; drei Verhandlungstage waren für diese Angebote vorgesehen. Bis zum Sommer sollen dann die Angebote zu allen regulatorischen Bereichen vorliegen. Um dies zu gewährleisten, wird es zwei zusätzliche Verhandlungsrunden geben.

Das Ziel, die Verhandlungen zu einem ersten Entwurf bis Ende 2016 abzuschließen, wurde von den Verhandlungsführern noch einmal betont. Priorität habe allerdings der Abschluss eines substantiellen und ausgewogenen Abkommens: Qualität gehe vor Schnelligkeit.

Die nächste Verhandlungsrunde beginnt am 25. April.

Vertreter des CEEP nahmen am 24. Februar 2016 im Rahmen der Verhandlungen an einem Stakeholder-Treffen teil. Bei dieser Gelegenheit warb CEEP für die Einführung einer „Gold-Standard Klausel“, wie sie in der angenommenen [Resolution des Europäischen Parlaments](#) vorgeschlagen wird. Weiterhin stellte CEEP seine [Stellungnahme zur nachhaltigen Entwicklung](#) in TTIP vor.

Zum [vollständigen CEEP-Statement](#)

Zum [Public Report zur 12. Verhandlungsrunde](#) der Europäischen Kommission

EU-Vorschlag zur Regulierungszusammenarbeit bei TTIP veröffentlicht

Die EU-Kommission hat am 21. März 2016 einen überarbeiteten Vorschlag zur regulatorischen Zusammenarbeit veröffentlicht, den sie der US-amerikanischen Seite im Rahmen der 12. Runde der TTIP-Verhandlungen unterbreitet hat. Bisher gab es nur unvollständige Informationen über Ziele, Zusammensetzung und Umfang dieser Zusammenarbeit. [zum vollständigen Beitrag](#).

TTIP und der Mittelstand

Die Friedrich Ebert Stiftung hat einen Bericht zu den Auswirkungen der Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) auf den Mittelstand veröffentlicht.

Danach würden durch den Abschluss von Freihandelsabkommen die Rahmenbedingungen für Auslandsaktivitäten mittelständischer Unternehmen im Prinzip verbessert und der Wettbewerb gefördert. Der Vertrag und insbesondere die Regelung zur bilateralen Kooperation in zukünftigen Regulierungsverfahren sollten grundsätzlich so ausgestaltet werden, dass die Belange mittelständischer Unternehmen Berücksichtigung finden, ohne jedoch das Primat der Politik damit einzuschränken. Weiterhin wird für mehr Transparenz und Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung aufgerufen.

Der Artikel kann auf deutscher Sprache [hier](#) nachgelesen werden.

Kontakt

[bvöd-Geschäftsstelle](#)

Fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

email info@bvoed.de

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) – zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de

